

Nach Karlsruhe: Chancen nutzen mit eigener Kraft.

Berlin hat vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Niederlage erlitten. Wir bekommen keinen Cent extra zur Tilgung unserer Schulden. Nicht einmal für die, die Berlin nicht zu verantworten hat. Das Gericht erkannte nicht an, dass die Stadt ihre Schulden nicht aus eigener Kraft abbauen kann. Wer so viele kulturelle Einrichtungen wie das Land Berlin unterhalte, wer auf Studiengebühren verzichte und keinen massiven Umzugsdruck auf Hartz IV-Empfangende ausübe, wer beitragsfreie Kita-Plätze sowie Sozialtickets für Nahverkehr und Theater anbiete, wer die BVB, die BSR, den Krankenhausverbund »Vivantes« und die fast 180.000 öffentlichen Wohnungen nicht privatisiere – der habe nach Auffassung des Gerichts noch genügend eigene finanzielle Reserven, um zu Geld zu kommen und seine Schulden zu tilgen.

Berlin soll mehr sparen und verkaufen

CDU, Grüne und FDP in Berlin fordern, den Anregungen des Gerichts zu folgen. Das macht deutlich, was Berlin von jeder anderen Regierung in dieser Situation zu erwarten hätte. Auch die Ministerpräsidenten aus Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Niedersachsen klatschen begeistert Beifall und empören sich über den mangelnden Sparwillen Berlins. Dabei hat die Stadt auf diesem Gebiet unter Rot-Rot in den letzten Jahren mehr geleistet als alle anderen.

Der Hintergrund ist klar: In den anderen Bundesländern wird befürchtet, dass die Bevölkerung dort ebenfalls Anspruch auf eine bessere Versorgung mit Kita-Plätzen erhebt und deren Beitragsfreiheit einklagt, dass die Studierenden auch dort den Verzicht auf Studiengebühren fordern und dass es schwieriger wird, öffentliche Wohnungen an »Heuschrecken« zu verscherbeln, was zur Folge haben könnte, dass Mieterinnen und Mieter in einigen Jahren teuer dafür bezahlen.

Rot-Rot will die Stärken der Stadt stärken

Das Urteil von Karlsruhe ist hart. Bei aller Sparsamkeit wird es dazu führen, dass Berlin länger brauchen wird bei seinem Ziel, keine neuen Schulden mehr machen zu müssen. In den Koalitionsverhandlungen haben sich SPD und Linke deshalb dazu verpflichtet, die Mehreinnahmen in dieser Legislaturperiode – also alles, was Berlin zum Beispiel durch die Mehrwertsteuererhöhung erhält – vollständig für die zusätzliche Verringerung der Verschuldung aufzuwenden.

Das Urteil von Karlsruhe beeinträchtigt die gestaltungspolitischen Spielräume in Berlin über Jahrzehnte erheblich. Es ist aber auch eine Chance, unbeirrt von den Forderungen etwaiger Geberländer und trotz knapper Kassen eigene Schwerpunkte zu setzen. In diesem Sinne werden wir unter anderem

- dauerhafte feste Arbeitsplätze über einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor schaffen;
- die Empfängerinnen und Empfänger von Hartz IV nicht weiter belasten sowie die Sozialtickets für Nahverkehr und Kultur beibehalten;
- den Kita-Besuch bis 2011 beitragsfrei stellen, das Bildungswesen finanziell und personell ausreichend versorgen, den Einstieg in die Gemeinschaftsschule beginnen und keine Studiengebühren erheben;
- die öffentlichen Unternehmen für die Daseinsvorsorge erhalten sowie eine Rekommunalisierung der Wasserbetriebe prüfen;
- die demokratischen Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten für die Bevölkerung erweitern, das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger im Bundesrat initiieren und weitere unumkehrbare Schritte zur Gleichstellung der Geschlechter gehen sowie
- die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus intensivieren.

Vieles, was ebenfalls erforderlich wäre, kann nicht geschultert werden. Manches Projekt hätte mehr Mittel verdient. Wir müssen weiter kräftig an den Ausgaben sparen und die Einnahmen steigern. Leider auch durch moderate Beitrags- und Steuererhöhungen. Wie zum Beispiel die Erhöhung der Grundsteuer, die für eine normale Mietwohnung monatlich eine Mehrbelastung von zwei bis drei Euro, aber insgesamt fast 300 Millionen Euro bringt, die wir unter anderem zur Finanzierung der größeren Bildungsausgaben benötigen.

Nach wie vor steht aber die Stärkung Berlins als internationale Wirtschafts-, Wissenschafts-, Medien-, Kultur- und Touristikmetropole im Zentrum eigener Anstrengungen. Und wir wollen den Bund stärker in die Verantwortung nehmen, denn noch immer leistet Berlin weitaus mehr an hauptstadtbedingten Aufgaben als der Bund an Berlin dafür zahlt.